

Interview mit Monika Berberich

Initial 06, Oktober 2002

Weshalb und vor welchem Hintergrund wurde die Rote Armee Fraktion gegründet?

Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes und die Gründung der Organisationen, die ihn geführt und vorangetrieben haben wie die Rote Armee Fraktion, sind nur aus der Geschichte der BRD und der Rolle, die sie als imperialistischer Staat in Europa hatte, zu erklären und zu verstehen. Deshalb will ich den konkreteren Fragen und Antworten einen kurzen historischen Abriss voranstellen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, den Deutschland angezettelt und verloren hatte, wurde in den drei westlichen Besatzungszonen 1949 die BRD gegründet. Als Antwort darauf erfolgte im gleichen Jahr in der sowjetischen Besatzungszone die Gründung der DDR. Mehrere Vorschläge der Sowjetunion, Deutschland als neutrales Land (wie Österreich) wieder zu vereinigen, wurden von der BRD-Regierung abgelehnt. Die CDU, die unter Bundeskanzler Konrad Adenauer die ersten Regierungen stellte, setzte voll auf die Integration in den Westen.

1949 wurde die Nato gegründet, und schon um diese Zeit begannen Überlegungen und konkrete Vorbereitungen zur Schaffung einer neuen westdeutschen Armee, die 1956 die Gründung der Bundeswehr und die verfassungsmäßige Verankerung der allgemeinen Wehrpflicht zur Folge hatten. Schon seit 1955 war die BRD Mitglied der Nato, der sie die Bundeswehr dann unterstellte.

Von Anfang an bauten die USA, die als einzige der westlichen Mächte durch den Krieg gestärkt worden waren, die BRD als "Frontstaat gegen den Kommunismus" und Westberlin als "Schaufenster der freien Welt" auf. Der Antikommunismus, der während des Faschismus in der Bevölkerung mobilisiert und geschürt worden war, wurde in der BRD bruchlos übernommen. Dafür war die Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit des Landes kontraproduktiv. Zwar gab es die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, die von den Siegermächten durchgeführt wurden und für einige Funktionsträger des faschistischen Regimes mit der Todesstrafe oder langen Haftstrafen endeten, doch schon 1948 begann juristisch und praktisch die Amnestierung: Ehemalige Mitglieder der NSDAP wurden wieder Beamte in allen staatlichen Organen, wurden Richter, Geheimdienstmitarbeiter, hohe Regierungsfunktionäre usw. Die Polizei wurde mit ehemaligen Gestapo- und SS-Angehörigen wieder aufgebaut (so standen 1959 zum Beispiel von den 33 Polizeipräsidien in Nordrhein-Westfalen 20 unter der Leitung ehemaliger SS-Hauptsturmführer). Der Bundesnachrichtendienst (BND) ging aus einem Geheimdienst der Wehrmacht hervor und baute Verfassungsschutz und Militärischen Abschirmdienst auf. Wegen Zugehörigkeit zur NSDAP entlassene Lehrer nahmen ihren Dienst wieder auf, und nicht ein einziger Richter wurde wegen seiner "Rechtsprechung" während des Nationalsozialismus rechtskräftig verurteilt. Inhaftierte Funktionsträger des NS-Regimes wurden vorzeitig entlassen.

Die Politik der BRD im Innern war auf Restauration der alten rechten Verhältnisse gerichtet. Die Industrie wurde wieder auf- und zur stärksten Westeuropas ausgebaut. Die USA leisteten dabei durch Kredite, Investitionen u.ä. Hilfe. Dadurch und durch die Abhängigkeit der BRD von Produktionstechniken, Lizenzen und Patenten behielten die USA das Land auch wirtschaftlich unter Kontrolle.

Als ab Mitte der sechziger Jahre vor allem Studenten, andere Hochschulangehörige, Schüler, Lehrlinge und junge Arbeiter auf die Straße gingen, hatte dies neben der allgemeinen Rezession, die weltweit eine Krise der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedeutete, auch in der BRD noch besondere Gründe: der Kampf gegen staatliche Reglementierungen und Eingriffe in die Autonomie der Hochschulen und Universitäten, der Protest gegen die Notstandsgesetze, die fehlende parlamentarische Opposition, die Kontinuität der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Faschismus und vor allem der Vietnamkrieg und das Engagement der BRD für die Kriegspartei USA. Der wegen "kommunistische Unterwanderung" aus der SPD ausgeschlossene Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) wurde dabei zu einer immer einflussreicheren Gruppierung. Dort wurden viele Themen marxistischer Theorie diskutiert, und man suchte nach Wegen, sich aktiv mit den anticolonialistischen und antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu solidarisieren.

Anfang der sechziger Jahre gab es ein relativ breites Bündnis aus Studenten, Hochschullehrern und anderen Intellektuellen gegen die so genannten Notstandsgesetze, die den Einsatz der Bundeswehr im Innern gegen Streiks u.ä. und eine wesentliche Einschränkung der Grundrechte im Falle eines "Notstandes" vorsahen. Der Bevölkerung wurden diese Gesetze damit schmackhaft gemacht, dass sie alliierte Vorbehaltsrechte ablösen und zur vollständigen Souveränität der BRD führen sollten. Ihren Höhepunkt erreichte die Bewegung gegen die Notstandsgesetze im Mai 1968 mit einem Sternmarsch in Bonn, an dem über 30 000 Menschen teilnahmen. Die Gesetze wurden trotz aller Proteste beschlossen. Weil seit 1966 eine "große Koalition" aus CDU und SPD an der Regierung war, gab es keine nennenswerte parlamentarische Opposition mehr; deshalb wurde zur Gründung einer Außerparlamentarischen Opposition (APO) aufgerufen. In dieser Opposition spielte der Vietnamkrieg eine wichtige Rolle. In Vietnam versuchten die USA, einem Volk gegenüber, das für seine Freiheit und Unabhängigkeit in einem ungeteilten Land kämpfte, ihre Interessen mit allen Mitteln durchzusetzen. Die USA bombardierten vor allem die Infrastruktur des Landes und führten diesen Krieg mit aller Brutalität; ihr Militär beging zahlreiche Kriegsverbrechen, für die praktisch nie einer der Verantwortlichen bestraft wurde.

Auch das Territorium der BRD war in diesen Krieg involviert: Als logistisches Hinterland für US-Basen, wo Flugeinsätze in Vietnam koordiniert wurden, Maschinen zwischenlandeten, in Krankenhäusern verletzte GIs behandelt wurden, die Soldaten sich erholten usw.

Ab Mitte der sechziger Jahre wurde dieser Krieg immer mehr zum Thema der Diskussionen, des Protestes und des Widerstands innerhalb der oppositionellen Bewegung. Der Krieg in Vietnam machte deutlich, dass ein armes Bauernvolk einer Weltmacht wie den USA widerstehen konnte, und wurde zum Symbol des antiimperialistischen Kampfes schlechthin.

Aus diesen verschiedenen Wurzeln speiste sich das, was man dann "Studentenbewegung", "APO" oder die Bewegung der Neuen Linken nannte. Es war ein radikaler Bruch von großen Teilen der jungen Generation, der Generation nach dem Faschismus, mit den starren Verhältnissen der fünfziger und frühen sechziger Jahren. Die Forderungen waren berechtigt und bewegten sich zunächst völlig im Rahmen der bestehenden Gesellschaft. Die heftige Reaktion von Politik und Medien radikalisierte die Bewegung aber zunehmend. Wendepunkt war am 2. Juni 1967 die Demonstration gegen den Besuch der Schahs von Persien in Berlin. Sie wurde von der Polizei niedergeknüpelt, der Student Benno Ohnesorg starb durch eine Polizeikugel; der Schütze wurde von Politikern gedeckt und nicht bestraft. Danach diskutierte man im SDS zum ersten Mal über die Anwendung von Gegengewalt, denn es hatte sich gezeigt, dass mit Demonstrationen und anderen Protestformen allein nichts zu erreichen war. Eine breite Diskussion darüber

begann, wie man an den Inhalten der Protestbewegung festhalten könne. Verschiedene Organisationen wurden gegründet, aus denen eine kommunistische Partei hervorgehen sollte. Viele ihrer Mitglieder gingen in die Produktion, um vor Ort zu agitieren und Arbeiter zu gewinnen. Viele andere setzten ihre Ausbildung fort und suchten eine "revolutionäre Berufsperspektive" hauptsächlich in den sozialen Berufen. Andere machten sich auf den "Weg durch die Institutionen", weil sie glaubten, etwas verändern zu können, wenn sie erst an den Schalthebeln der Macht säßen.

Aber auch die Diskussion über die Anwendung militärischer Mittel wurde jetzt ziemlich breit geführt. In vielen Ländern der Dritten Welt gab es Guerillabewegungen, die gegen eine Kolonialmacht oder ihre eigene korrupte Bourgeoisie kämpften. In Kuba hatte die Guerilla 1959 gesiegt. Die allgemeine Einschätzung war, dass der Imperialismus, wenn er überall auf der Welt konsequent bekämpft würde, zu besiegen oder zumindest immer weiter einzukreisen und zurückzudrängen wäre. Wegen der Schwäche revolutionärer Kräfte und der territorialen Lage kam für die BRD nur eine Stadtguerilla infrage. Vorbilder gab es in Brasilien und Uruguay, wo die Guerilla mit einigem Erfolg in den Städten agierte. Mit dem Rückgang der Bewegung insgesamt begann ein kleiner Teil, sich als Stadtguerilla zu organisieren. Die Rote Armee Fraktion war die erste und am längsten bestehende Organisation. Etwas später kamen die Bewegung 2. Juni, die Revolutionären Zellen (RZ) und deren Frauenorganisation Rote Zora hinzu. Daneben gab es eine Reihe weiterer Gruppen, die aber unbedeutend blieben.

Das beleuchtet also ein wenig den Hintergrund, auf dem die RAF entstand. Man darf sich die "Gründung" allerdings nicht vorstellen wie bei einem Verein, mit konstituierender Sitzung o.ä.; die RAF entstand aus einem ständigen Prozess des Diskutierens und Handelns von Menschen, die an den Inhalten der Bewegung festhalten wollten und erfahren hatten, dass das nur mit Reden oder Schreiben, und sei es noch so richtig, nicht möglich war.

Aus welchen persönlichen Motiven hast Du den Kampf aufgenommen?

Nach dem 2. Juni 1967 habe ich mich immer mehr mit der Protestbewegung solidarisiert und identifiziert. Ich war zwar nicht mehr an der Uni, kannte dort aber viele Leute, von denen die meisten von den Polizeieinsätzen selbst betroffen waren. Und je mehr ich mich auf die Seite der Protestierenden stellte, desto mehr wurde ich auch zum Angriffsziel. Es gab damals eine unglaubliche Hetze gegen die Studenten und alle anderen Protestierenden in den Medien, allen voran der Springer-Presse, die den Berliner Zeitungsmarkt beherrschte. Ostern 1968, nach den Schüssen auf Rudi Dutschke am Karfreitag, erreichte die Protestbewegung ihren vorläufigen Höhepunkt. Ich gehörte dem Ermittlungsausschuss an, der die Berichte über die unzähligen Einkesselungen, Festnahmen, Prügeleinsätze der Polizei mit zum Teil schwer verletzten Demonstranten, die Misshandlungen der Festgenommenen usw. sammelte, auswertete und dokumentierte. Auch danach gab es immer wieder Demonstrationen gegen das Vorgehen von Polizei und Justiz, die die Polizei gewaltsam verhindern wollte.

Mir ging es wie vielen anderen: Trotz der verschärften Repression erlebten wir diese Zeit als Befreiung von den Betonverhältnissen der Nachkriegszeit mit ihrer völligen Verdrängung des Nationalsozialismus, mit den alten Werten und dem Konsum als neuem Lebensinhalt. Denn die Demonstrationen waren nicht das Wesentliche: Es gab Analysen der politischen Entwicklung und der gegenwärtigen Situation, die Dialektik wurde wieder entdeckt, Theorien über Marxismus, Leninismus, Imperialismus, Sozialismus und Kommunismus wurden diskutiert, verändert, neu aufgestellt oder verworfen, man gebrauchte und etablierte neue Begriffe, arbeitete zu verschiedenen Ländern usw. Innerhalb kurzer Zeit entstand für uns ein stark verändertes, schlüssigeres und dem Vorgefundenen sehr viel eher entsprechendes Weltbild. Wir fanden Antworten auf drängende Fragen, und auch wenn diese Antworten aus heutiger Sicht vielleicht zu einfach und undifferenziert waren, so schienen sie doch unendlich viel treffender als das, was man vorher wusste.

Nach all diesen hier nur sehr verkürzt dargestellten Erlebnissen und Erfahrungen war es für mich einfach nicht mehr möglich, mit dem Abflauen der Bewegung zu einer Art Normalität zurückzukehren. Ich konnte mir eine "revolutionäre Berufsperspektive" nicht vorstellen (ich hab Jura studiert) und noch viel weniger den "langen Marsch durch die Institutionen" – beides hätte bedeutet, mich wieder in das Milieu zu begeben, dem ich grade erst entronnen war. Dagegen hielt ich es für richtig, der Macht des Staates durch Angriffe aus der Illegalität eine fundamentale Opposition entgegenzusetzen und damit sowohl den Befreiungsbewegungen in der so genannten Dritten Welt wie auch der nichtstaatlichen Opposition hier Luft zu verschaffen. Der Schritt zum bewaffneten Kampf war, nicht nur für mich, eine logische Konsequenz aus der bisherigen Entwicklung.

Heinrich Böll sprach mal vom "Krieg der 6 gegen 60 Millionen". Wie stelltet Ihr euch vor, sollte dieser "Krieg" gewonnen werden, war es überhaupt möglich, ihn zu gewinnen?

Es gab diesen "Krieg" nicht. Aus dem, was ich vorher gesagt hab, wird ja schon deutlich, dass es nicht nur sechs oder meinetwegen auch 60 waren, sondern sehr viel mehr Menschen, die den Versuch, "den staatlichen Herrschaftsapparat an einzelnen Punkten zu zerstören, (. . .) den Mythos von der Allgegenwart des Systems und seiner Unverletzbarkeit zu zerstören" (Zitat aus der ersten RAF-Zeitung), mit ihrer Hilfe oder Sympathie begleiteten: 1972, vor der Festnahme der meisten damaligen RAF-Mitglieder, ergab eine Meinungsumfrage, dass beinahe 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung eine strafrechtliche Verfolgung in Kauf nehmen würde, um einen der Gesuchten für eine Nacht zu verstecken. Und nach einer Schülerumfrage aus dem Jahr 1973 identifizierten sich 15 Prozent der Schüler mit den Aktionen der RAF.

Aber die Infamie von Bölls Äußerung ergibt sich vor allem aus der Tatsache, dass sich der Kampf der RAF nicht gegen die Bevölkerung, also die "60 Millionen" richtete, sondern gegen den Staat und seine Repräsentanten. Schwer zu glauben, dass Böll das nicht wusste.

Grade auch im traditionellen kommunistischen Spektrum war schnell die Rede von Agents provocateurs.

Es hat noch keine kämpfende soziale oder Befreiungsbewegung gegeben, der nicht auch nachgesagt wurde, dass ihre Aktionen von Agents provocateurs gesteuert würden. Das ist also ein alter Hut. Natürlich ruft ein Angriff gegen den Staat oder seine Repräsentanten eine Reaktion des Staates hervor, das ist immer und überall so. Aber an der Art, Schärfe usw. dieser Reaktion kann man doch nicht messen, ob der Angriff legitim war, auch nicht daran, dass ein Teil des "traditionellen kommunistischen Spektrums" irgendwelche Agents provocateurs am Werk sieht. Entscheidend sind Wirkung und politisches Ziel des Angriffs. Damit soll keineswegs gesagt sein, dass alle Aktionen der RAF richtig waren. Es ist eine Sache, bestimmte Aktionen politisch falsch zu finden und zu kritisieren, aber eine ganz andere, die Urheberschaft einer solchen Aktion bei Polizei oder Geheimdiensten zu suchen, weil diese Aktion von einigen Repräsentanten des Staates oder der Wirtschaft ausgenutzt wird. Gerade erleben wir eine Neuaufgabe der These, der ehemalige Sprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, sei von Leuten der eigenen Seite

umgebracht worden, weil er zu fortschrittlich gedacht habe. Das ist allenfalls der Versuch, die RAF bzw. das, was von ihrer Spur vielleicht noch übrig ist, zu diskreditieren, oder es ist nur die Wichtigkeit eines Einzelnen.

Ich könnte mir vorstellen, dass ihr dazu etwas Konkretes im Kopf habt – aber dann fragt bitte auch danach. Mit diesen allgemeinen Aussagen kann ich wenig anfangen.

Die Medien zeichnen ein bestimmtes Bild der bewaffneten Gruppen. Konnte dieses Bild widerlegt werden?

Da gilt, was ich grad gesagt hab. Einfach: Es gab und gibt nicht die Medien, so wenig wie die bewaffneten Gruppen. Die RAF zum Beispiel hat 28 Jahre lang bestanden; in dieser Zeit war sie in ganz verschiedener Weise öffentlich präsent. Es gab die verschiedenen Medien in der BRD, in der DDR, im Ausland, sie waren politisch unterschiedlich ausgerichtet usw. usf.. Noch mal: Fragt bitte konkret. Und: Meint Ihr nur die RAF oder auch die Gefangenen aus der RAF, die ja nicht mehr Teil der Organisation waren?

Die Entscheidung, den bewaffneten Kampf aufzunehmen, schließt ein, auch auf den Gegner zu schießen. Wie seid Ihr mit dieser Entscheidung umgegangen, vor allem, wenn tatsächlich ein Mensch getötet wurde?

Ich kann nur über die Anfangszeit reden, denn ich bin schon im Oktober 1970, fünf Monate nachdem die RAF mit der Befreiung von Andreas Baader zum ersten Mal öffentlich präsent war, verhaftet worden. Wir hatten die Bestimmung, die Waffe nur im äußersten Notfall einzusetzen zur Selbstverteidigung beziehungsweise, um eine Flucht zu ermöglichen, und dann auch nicht gezielt tödlich zu schießen. Das damalige Verhältnis der Gruppe zum Waffengebrauch mag folgendes Beispiel beleuchten: Bei der Aktion zur Befreiung von Andreas sollten zunächst nur Frauen beteiligt sein (aus praktischen Gründen, nicht ideologischen). Weil der Plan aber vorsah, die Schließer, die Andreas bewachten und die bewaffnet waren, durch Drohungen zum Stillhalten zu zwingen, tauchte die Vermutung auf, dass die Schließer Widerstand leisten würden, weil sie die Frauen nicht ernst nähmen. Dann hätten die Frauen schießen müssen, um sich durchzusetzen, und das wollte man unbedingt vermeiden. Deshalb wurde im letzten Augenblick ein Mann dazugenommen. Dass gerade dieser Mann, ohne sich in einer Notlage zu befinden, auf einen Institutsangestellten schießen und ihn schwer verletzen würde, war weder geplant noch vorherzusehen. Der Schütze ist intern heftig kritisiert worden. Diese restriktive Bestimmung des Waffengebrauchs ist aber nicht durchgehalten und später aufgegeben worden. In den achtziger Jahren bestand die Strategie der RAF fast nur noch darin, hochrangige Vertreter von Staat und Wirtschaft zu töten. Diese Politik war in keiner Weise mehr emanzipatorisch und hatte damit ihre Legitimation verloren. Die Frage, wieso das so kommen konnte und wo der entscheidende Fehler lag, ist bis heute nicht wirklich beantwortet worden. Ich denke, ob wir die richtige Antwort finden, wird darüber entscheiden, ob man positive Schlüsse – und wenn ja, welche – trotz des Scheiterns, nicht nur der RAF und der anderen bewaffneten Gruppen, sondern der gesamten radikalen nichtstaatlichen Linken aus dem bewaffneten Kampf ziehen kann. [Was das Konkrete betrifft: Da müsstet ihr nach jedem einzelnen der getöteten Gegner (Unbeteiligte gab es m.W. nur ein Mal) fragen. Ich glaube aber nicht, dass hier der richtige Ort ist, um darüber zu reden.]

Nachdem die Lufthansa-Maschine "Landshut" entführt wurde, kam es auch zu Kundgebungen, bei denen zur Liquidierung der politischen Gefangenen aufgerufen wurde. Was hatte sich geändert und warum?

Zur Beantwortung dieser Fragen müsste ich ein ganzes Buch schreiben. Macht es doch bitte etwas genauer und konkreter.

Wie bewertest Du die Nacht in Stammheim?

Vermutlich meint Ihr die Nacht vom 17. auf den 18. Oktober 1977, nach der Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe tot und Irmgard Möller schwer verletzt gefunden wurden; umstritten ist aber auch die Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976, nach der Ulrike Meinhof in ihrer Zelle erhängt aufgefunden wurde. Ich sehe beides, sowohl Ulrikes Tod wie auch den der drei anderen Gefangenen in Stammheim, als vollkommene Niederlage nicht nur für die bewaffneten Gruppen, sondern für die gesamte radikale Linke – unabhängig davon, was wirklich in jenen Nächten in Stammheim passiert ist. Denn am nächsten Morgen waren die GenossInnen tot, die für die Weiterführung unseres Kampfes enorm wichtig waren, 1977 hat der Staat nach der Erstürmung der "Landshut" triumphiert. Der Tod der Gefangenen hat diesen Triumph zwar geschmälert, aber gemessen am Erfolg der staatlichen Stellen war das nicht wirklich relevant. Ich denke, das haben wir uns damals zu wenig bewusst gemacht, obwohl wir es, glaub ich, alle gespürt haben; stattdessen haben wir uns endlos darüber gestritten, ob es Mord oder Selbstmord war. Natürlich ist diese Frage auch wichtig, aber sie ändert nichts am Ergebnis, dass die GenossInnen tot waren.

Wahrscheinlich wollt Ihr trotzdem wissen, wie ich darüber denke. Nun, niemand von uns weiß, was wirklich passiert ist, außer Irmgard Möller, die diese Nacht schwer verletzt überlebt hat und sagt, es hätte die vom Staat behauptete Verabredung und Durchführung einer Selbsttötung nicht gegeben. Einige ehemalige Gefangene aus der RAF und etliche andere GenossInnen glauben ihr aber nicht, u.a. weil sie bestreiten, dass Waffen und Sprengstoff im 7. Stock waren – dass sie aber da waren, halte ich inzwischen für erwiesen. Viele GenossInnen meinen auch weiterhin, dass die Gefangenen von einer staatlichen oder staatlich gedeckten Stelle getötet wurden. Ich gehöre zu Letzteren. Ich halte es für sehr fraglich, ob die Gefangenen durch die Verlegungen nach der Schleyer-Entführung überhaupt Zugang zu den Waffen hatten. Und ich bin sicher, dass staatliche Stellen sowohl durch Abhören der Gefangenen wie durch Kronzeugenaussagen von der Existenz der Waffen wussten. Es gibt eine ganze Reihe kriminalistischer Feststellungen und Hinweise, die für Mord sprechen. Daraus allein kann man m.E. zwar die Mordthese nicht begründen, ich nehme sie aber als wichtige Indizien.

Gegen die Mordthese gibt es zwei gewichtige Argumente: zum einen, dass die Ermordung der Gefangenen aus der Sicht des Staates für ihn eine irrationale Aktion gewesen wäre, weil er sich mit dem glimpflichen Ausgang des Sturms auf die "Landshut" behauptet und ein breites gesellschaftliches Bündnis hergestellt habe, das er mit der Ermordung der Gefangenen gesprengt hätte, ohne aus diesem Tod zusätzlich Gewinn zu ziehen.

Gegen diese These spricht aber, dass die Gefangenen in Stammheim mit der erfolgreichen Stürmung der "Landshut" zwar eine heftige Niederlage erlitten hatten, trotzdem eine ständige Beunruhigung für den Staat blieben, der davon ausging, dass er, solange es diese Gefangenen gab, immer wieder mit Befreiungsversuchen rechnen musste. Eine Liquidierung der Gefangenen hätte der damalige Bundeskanzler Schmidt in "normalen Zeiten" politisch nicht überlebt. Das war nur mit der großen Zustimmung zur Befreiung der Geiseln in der "Landshut" möglich, auch wenn durch den Tod der Gefangenen der staatliche Erfolg geschmälert wurde. Und wenn der Tod der Gefangenen dem Staat tatsächlich ungelegen kam, dann fragt man sich natürlich, warum er ihn nicht verhindert hat – die Gefangenen sind bei weit geringeren Anlässen abgehört worden, also mit Sicherheit auch während Schleyers

Entführung. Staatliche Stellen wussten von den Waffen, sie wussten auch, ob die Gefangenen an sie rankamen. Warum haben sie dann eine Selbsttötung nicht verhindert?

Das zweite Argument für eine Selbsttötung ist vielleicht noch gewichtiger: dass die Gefangenen nicht als Opfer in der Ecke sitzen und abwarten, sondern bis zum Schluss als Subjekte handeln und über sich selbst bestimmen wollten. Sie hatten ja auch gegenüber staatlichen Vertretern geäußert, dass sie dem Staat die Entscheidung aus der Hand nehmen würden, wenn er weiterhin eine Entscheidung über die Forderungen der Schleyer-Entführer hinauszögere, was man durchaus als Ankündigung ihrer Selbsttötung verstehen kann.

Dagegen spricht allerdings, dass sie mit dieser Äußerung eine Entscheidung der Regierung herbeiführen wollten – als sie starben, war diese Entscheidung aber schon gefallen. Und in meinen Augen widerspricht es sich vollkommen, dass man einerseits als Subjekt handeln will, andererseits aber nach außen vermittelt, man sei doch Opfer des Staates, indem man bei der Selbsttötung den Eindruck von Mord entstehen lässt. Und das war ja der Fall. Man kann natürlich argumentieren, mit ihrer wie Mord aussehenden Selbsttötung hätten die Gefangenen dem Staat noch ein letztes Mal angegriffen, indem sie das Bild des Rechtsstaats zerstörten und die Welle von Protest- und Widerstandsaktionen auslösten, die es national und vor allem international ja gegeben hat. Das wäre m.E. aber total verantwortungslos gewesen, weil sich die Gefangenen mit ihrem Tod selbst jede Möglichkeit genommen hätten, sich zu diesen Aktionen in irgendeiner Weise zu verhalten. Das wäre ein völliger Bruch mit der bisherigen Politik der RAF gewesen.

Gut, das ist meine Position, aber ich akzeptiere auch, wenn jemand von Selbsttötung ausgeht. Denn ich bin sicher, dass sich nichts an der heutigen Misere der radikalen Linken ändern würde, wenn wir wüssten, was sich damals in Stammheim abgespielt hat. Es hätte auch damals nichts wirklich geändert. Wenn sich heute GenossInnen immer noch in die Haare geraten wegen Mord oder Selbstmord, ist das m.E. ein Symptom der Niederlage, ein Zeichen für die Schwäche der jeweiligen Politik: Man sieht die eigene politische Position bedroht. Das will ich hier aber nicht weiter ausführen.

Als Du gefangen genommen wurdest: Wie verhielten sich die sozialen Gefangenen?

Das kann ich nicht sagen, weil ich die ersten Jahre fast nur isoliert wurde.

Mittlerweile sind 25 Jahre seit dem Tod der Stammheimer Gefangenen vergangen. Vom Theaterstück bis aktuell zum Spielfilm gibt es eine Vielzahl von Veröffentlichungen, die sich mit dem bewaffneten Kampf befassen. Wie siehst Du diesen "Boom"?

Mit sehr gemischten Gefühlen, eher negativ. Die meisten Veröffentlichungen setzen sich ja nicht ernsthaft mit bewaffneter Politik auseinander. Der 25. Jahrestag der tödlichen Nacht in Stammheim im Jahr 2002 spielt sicher eine große Rolle. Manche Autoren (-innen kenn ich bisher keine) wollen einfach nur Geld verdienen, andere haben es vielleicht "gut gemeint" (also schlecht gemacht) oder sie befriedigen mehr ihre Eitelkeit, als dass sie zu notwendigen Diskussionen beitragen würden. Deutlich wird an dem "Boom" jedenfalls, dass die RAF in der deutschen Wirklichkeit noch keineswegs ein "erledigtes Kapitel" ist, auch wenn es von offiziellen Stellen häufig suggeriert wird. Allein die Tatsache, dass es immer noch fünf Gefangene aus der RAF gibt, die zum Teil seit über 20 Jahren im Knast sind, zeigt das schon. Diese Gefangenen, es sind Rolf Clemens Wagner, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Eva Haule und Birgit Hogefeld, müssten aus allen erdenklichen Gründen – politischen, juristischen und humanitären – längst frei sein. Ich möchte an dieser Stelle auf das Heft der Roten Hilfe verweisen "Freilassung der politischen Gefangenen aus der RAF", in dem diese Gründe ausführlich dargestellt und erläutert werden.

Nach der Annexion der DDR wurde bekannt, dass das MfS über Kontakte zu den bewaffneten Gruppen verfügte. Wie siehst Du das?

Na und? Wesentlich ist doch nicht, zu wem man Kontakte hat, sondern welchen und ob man die eigene Politik dadurch irgendwie beeinflussen lässt. Davon hab ich nichts gehört.

In den neunziger Jahre wurdest Du aus dem Knast entlassen. Was hat sich für Dich verändert?

Das aufzuschreiben gäbe noch ein Buch.

Gibt es noch eine Perspektive für die Linke?

Die Frage müsst Ihr schon selbst beantworten.